

Vertragsunterlagen
(Teil II der Vergabeunterlagen)



TüBus GmbH

Vergabe „Stell- und Ladeplatzmanagementsystem (SLM)“

TB-SLM 2026

Stand: 12.5.2026

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Vergabebestimmungen	3
2	Art und Umfang der Leistungen	3
3	Anlagen:	3
4	Erklärungen	4
5	Auflösende Bedingung; Gremienvorbehalt	5

1 Allgemeine Vergabebestimmungen

Die TüBus GmbH schreibt die Beschaffung eines Stell- und Ladeplatzmanagementsystems (kurz: SLM) sowie dessen Wartung für fünf Jahre im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb europaweit nach den Vorschriften der SektVO und des GWB aus.

2 Art und Umfang der Leistungen

Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den im Anhang beigefügten Vertrag bestimmt.

Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander

- a) diese Vertragsunterlagen,
- b) der EVB-IT-Systemlieferungsvertrag,
- c) die Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden,
- d) die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt,
- e) die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg,
- f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- g) das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB).

3 Anlagen:

- EVB-IT-Systemlieferungsvertrag
- Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer Entsendegesetz erfasst werden
- Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt
- Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestent

geltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg

4 Erklärungen

- Der Bieter bestätigt mit Abgabe seines Angebots, dass seinem Angebot insbesondere diese Vertragsunterlagen einschließlich der Anlagen zugrunde liegen und erkennt die im Anschreiben/Bewerbungsbedingungen (= Teil I der Vergabeunterlagen) dokumentierten Verfahrensgrundsätze an.
- Der Bieter erklärt, dass er alle Voraussetzungen zur Übernahme der Vertragsverpflichtungen erfüllt. Die Erstellung seines Angebotes erfolgt unter Berücksichtigung der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften.
- Der Bieter erklärt, alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen bei der Auftragsausführung einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Der Bieter verpflichtet sich, die Ausführung der ihm übertragenen Leistungen fachgerecht und termingetreu durchzuführen.
- Der Bieter erklärt, dass er seine Preiskalkulation auf der Grundlage eigener Preisermittlungen, der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen, der Kenntnis der Sachlage und unter Berücksichtigung aller zur vollständigen Leistungserbringung notwendigen Arbeiten und Aufwendungen erstellt hat. Er hat hierbei keine für den

Auftraggeber nachteiligen, gegen die guten Sitten oder gegen den Grundsatz des freien und lauten Wettbewerbs verstoßenden Abreden mit anderen Unternehmen, insbesondere über die Preisbildung oder über Ausfallentschädigungen, Preisbindungen oder sonstigen Abreden getroffen. Dem Bieter ist bekannt, dass bei Vorliegen einer der o.g. Umstände der Bieter vom Verfahren ausgeschlossen wird oder vom Auftraggeber die Kündigung bzw. der Rücktritt vom Vertrag erklärt werden kann und der Bieter für den Schaden aufzukommen hat, der aus der Verletzung dieser Erklärung entsteht.

- Der Bieter erklärt die inhaltliche und preisliche Verbindlichkeit seines Angebotes bis zum Ablauf der Bindefrist. Er verzichtet mit dem Ablauf der Frist für die Abgabe des Angebotes ausdrücklich auf die Anfechtung seines Angebotes wegen Irrtums.
- Der Bieter erklärt, dass sämtliche von ihm in diesem Vergabeverfahren getroffenen Erklärungen und Angaben der Richtigkeit entsprechen und ist einverstanden, dass der Auftraggeber gegebenenfalls Überprüfungen durchführen kann. Wenn Angaben oder Erklärungen nicht der Richtigkeit entsprechen, kann dies den sofortigen Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben bzw. stellt dies einen wichtigen Kündigungsgrund während der Auftragsabwicklung dar. Schäden, die dem Auftraggeber infolge falscher Angaben oder Erklärungen im Vergabeverfahren entstehen, hat der Bieter zu ersetzen.

5 Auflösende Bedingung; Gremienvorbehalt

- Die in diesem Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen zur Lieferung eines Stell- und Ladeplatzmanagementsystems dienen der Umsetzung eines Vorhabens für das der Auftraggeber eine Förderung aus dem ÖPNV-Förderprogramm nach dem LGVFG für die Jahre 2024 – 2028 beantragt. Dieser Vertrag erlischt hinsichtlich der Liefer- und Leistungspflichten zur Umsetzung, sobald und soweit der Fördergeber den Antrag zur Förderung nicht bewilligt sondern ablehnt und die Förderung nicht mit einer Zusage gegenüber dem Auftraggeber zusagt, sondern mit ei-

nem Ablehnungsbescheid versagt (auflösende Bedingung). Der Auftraggeber wird die andere Vertragspartei über den Eintritt und den Umfang des Eintritts der Bedingung unverzüglich in Kenntnis setzen.

- Die Erteilung des Zuschlags steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Gremien des Auftraggebers.

Diese Erklärungen sind ohne Unterschrift rechtsverbindlich.